

# Beilage 1910/2009 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

## Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen  
Landtags  
betreffend Änderung des Ökostromgesetzes und Erreichung von  
Netzparität für Solarstrom**

**Gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser  
Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Öö. Landtag möge beschließen:

### Resolution

Die Öö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass diese, unabhängig von der zur Notifizierung der EU vorgelegten Ökostromgesetznovelle, eine Änderung des Ökostromgesetzes, mit der Förderung von Photovoltaik nach zumindest nachstehenden Grundsätzen dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorlegt:

- Ausdehnung der erhöhten Einspeisetarife generell auf 20 Jahre
- Ausdehnung und Staffelung der Finanzierung von Photovoltaikanlagen nach dem Vorbild des deutschen Gesetzes zur Förderung erneuerbarer Energieträger, kurz EEG
- Streichung der verpflichtenden Kofinanzierung der Länder bei der Photovoltaikförderung

### Begründung

Die rechtlichen Grundlage für die Förderung von Ökostromanlagen bilden das gültige Ökostromgesetz 2006 sowie die zugehörige Ökostromverordnung 2009. Diese Unterstützung wird für 10 Jahre in voller Höhe garantiert, im 11. Jahr zu 75 % und im 12. Jahr zu 50 % ausbezahlt.

Mit tatsächlichem Inkrafttreten der im Nationalrat beschlossenen aber von der EU noch nicht notifizierten Ökostromgesetznovelle 2008 (nach Genehmigung durch die Europäische Kommission) sind Änderungen im Fördersystem von Strom aus Photovoltaik vorgesehen. Experten bezweifeln aber, dass diese Novelle - auf Grund der Diskussionen mit der Wettbewerbskommission - die Zustimmung der EU erhalten wird. Da die endgültige Entscheidung hinsichtlich der Notifikation erst in den nächsten Wochen erfolgen wird ist gerade jetzt der geeigneter Zeitpunkt, um eine grundsätzliche Kurskorrektur durchzusetzen.

Um den Bereich der Solarenergie in Österreich entsprechend weiterentwickeln zu können, ist es erforderlich, auch Schwerpunkte bei der Photovoltaik zu setzen. Österreich konnte im Jahr 2008 die PV-Leistung zwar um 2,9 MWp ausbauen und hat nun eine gesamte PV-Leistung von rund 30 MWp PV-Leistung .

Unsere Nachbarländer haben 2008 sämtlich durchwegs mehr erreicht: Deutschland: +1.500 MWp; Italien: +258 MWp; Tschechien: +51 MWp; Schweiz: +11 MWp. Daraus ist leicht erkennbar, dass die Rolle Österreichs auf diesem Sektor der erneuerbaren Energie stark verbesserungswürdig ist.

Weltweit verzeichnete die PV-Branche 2008 ein Rekord-Wachstum um 117 % (!) . Rund 5,7 GWp Anlagen wurden neu installiert. Diese Neuanlagen liefern so viel Strom wie ein durchschnittliches AKW. In Europa sichert die PV-Branche mittlerweile gut 100.000 hochwertige Arbeitsplätze. Dies zeigt

den dringenden Handlungsbedarf der Bundesregierung auf, um mit der internationalen Entwicklung mithalten zu können.

Die unterzeichneten Abgeordneten vertreten daher die Auffassung, dass alternative Stromerzeugungsanlagen, im Speziellen Photovoltaikanlagen über 10 kW, von Seiten des Bundes insgesamt zu wenig Förderungen erhalten. Daher ist es die primäre Aufgabe, dies raschest zu ändern, damit überhaupt die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden um energieautarken Haushalten möglich zu machen.

Linz, am 16. Juni 2009

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Strugl, Pühringer, Frauscher, Weinberger, Aichinger, Eisenrauch, Kiesel, Hüttmayr, Schillhuber, Stelzer, Schürrer, Entholzer, Bernhofer, Mayr, Steinkogler, Orthner, Jachs, Brunner, Ecker, Öller, Hingsamer, Brandmayr, Baier, Lackner-Strauss, Stanek**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Frais**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Hirz, Schwarz, Trübswasser, Wageneder**